

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Prozess

Strategische Ziele für die Schweizerische Post 2025–2028

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Baltisser, Lena

Bevorzugte Zitierweise

Baltisser, Lena 2025. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Strategische Ziele für die Schweizerische Post 2025-2028, 2025*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 26.05.2025.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Infrastruktur und Lebensraum	1
Verkehr und Kommunikation	1
Post und Telekommunikation	1

Abkürzungsverzeichnis

Allgemeine Chronik

Infrastruktur und Lebensraum

Verkehr und Kommunikation

Post und Telekommunikation

ANDERES
DATUM: 29.01.2025
LENA BALTISSER

Ende Januar 2025 verabschiedete der Bundesrat die **strategischen Ziele für die Schweizerische Post für die Jahre 2025–2028**. Für den Bund als Eigner legt der Bundesrat im Vierjahresrhythmus die strategische Ausrichtung der Post fest. Für die Periode 2025–2028 beschloss der Bundesrat, ihre Struktur und die strategische Grundausrichtung weitgehend unverändert fortzuführen. Er nahm aber in drei Bereichen punktuelle Anpassungen an den strategischen Zielen vor, unter anderem weil er ihre Eigenwirtschaftlichkeit insbesondere durch eine rückläufige Nutzung der Briefpost und der Bareinzahlung – dem traditionellen Kerngeschäft der Post – in Gefahr sah.

Erstens forderte der Bundesrat von der Post, bis 2040 klimaneutral zu werden. Zweitens präsentierte er neue Richtlinien für das Erschliessen neuer Geschäftsfelder zur Sicherung der eigenwirtschaftlichen Grundversorgung. Die Post soll dabei finanzielle Überlegungen mit dem öffentlichen Interesse abwägen. Die dritte Anpassung betraf schliesslich Unternehmenszukäufe: Da die Post bei gewissen Akquisitionen in Konkurrenz mit privaten Unternehmen trete, soll der gesetzliche Auftrag sowie die Verpflichtungen der Post im Wettbewerbsrecht hier besondere Beachtung erhalten. Der Bundesrat sah dafür eine Informationspflicht des Verwaltungsrates der Post bei Unternehmenszuleufen vor. Die von der Post verfolgte Akquisitionsstrategie war 2024 mehrfach in Kritik geraten.¹

¹) Medienmitteilung BR vom 29.1.25